



AUSGABE 04/2022 – 13. MAI



GÜNTER RUDOLPH

Fraktionsvorsitzender

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die zurückliegende Plenarwoche im Hessischen Landtag stand erneut im Zeichen des Angriffskriegs, den Russlands Präsident Putin gegen die Ukraine führt. Die Debatte über den Ausbau der erneuerbaren Energien in Hessen hat deutlich gemacht, dass es nicht nur ökologisch, sondern auch weltpolitisch das Gebot der Stunde ist, so schnell wie möglich unabhängig zu werden von fossilen Energieträgern, die auch als politische Waffe benutzt werden können. Die Diskussion um das russische Gas beweist das gerade auf dramatische Weise. Dass ausgerechnet in Hessen, wo die Grünen mitregieren, beim Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windkraft, seit Jahren Stillstand herrscht und die Energiewende eben nicht vorankommt, ist nur ein Beispiel dafür, dass die schwarzgrüne Koalition nicht mehr die Kraft hat, Dinge zu bewegen und voranzubringen.

Hinzu kommen zwei neue Affären, in denen die verantwortlichen Mi-

nisterinnen der schwarzgrünen Landesregierung eine denkbar schlechte Figur machen: Die Umwelt- und Verbraucherschutzministerin Hinz von den Grünen hat einen neuen Lebensmittelskandal – und weigert sich, Verantwortung zu übernehmen. CDU-Justizministerin Kühne-Hörmann hat hunderte von Millionen in einem bis heute nicht funktionierenden Digitalisierungsprojekt für die hessischen Gerichte versenkt – und weigert sich, Verantwortung zu übernehmen.

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag benennt die Probleme und bietet eine echte politische Alternative zum bleiernen Aussitzen und Nichtstun der noch amtierenden Landesregierung. Ich bin sicher, dass unsere konstruktiv-kritische Oppositionsarbeit bei der Landtagswahl im nächsten Jahr Früchte tragen wird.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Günter Rudolph



SCHWARZGRÜN MISSTRAUT JUNGEN WÄHLERN

WAHLRECHT AB 16



Der Hessische Landtag hat sich in zweiter Lesung mit dem Gesetzentwurf der SPD zur Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen befasst. Der Fraktionsvorsitzende, Günter Rudolph, kritisierte die Blockadehaltung der Regierungsfractionen: „CDU und Grüne wehren sich weiterhin mit Händen und Füßen gegen mehr politische Teilhabe für Jugendliche ab 16 Jahren. Die öf-

fentliche Anhörung im Landtag hat mehr als deutlich gemacht, dass es hierbei nicht um rechtliche Vorbehalte geht – sondern lediglich um das Misstrauen von Schwarzgrün in die politische Einsichtsfähigkeit und das Interesse junger Menschen. Gerade vor dem Hintergrund, dass zahllose Jugendliche nicht nur einem Beruf nachgehen, Steuern und Abgaben entrichten, sowie sich vielfältig in ihren Kommunen engagieren, ist das nicht nachzuvollziehen.“ Junge Erwachsene hätten das Recht, ihr direktes Umfeld politisch mitzugestalten. Die Skepsis der Regierungsfractionen sei dabei durch nichts gerechtfertigt: „In der Anhörung wurde deutlich, dass es bei der Frage nach einer Herabsetzung des Wahlalters um die Frage der Betrachtung von

jugen Menschen geht. Die Ergebnisse aus der politikwissenschaftlichen Forschung untermauern nachdrücklich, dass politisches Interesse und Engagement hier nicht weniger ausgeprägt sind als bei 18-jährigen. Nicht zuletzt aus diesem Grund sehen wir uns auf dem richtigen Weg und streben mittelfristig auch die Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren auf Landesebene an“, so Rudolph. Er forderte die CDU und Grüne auf, zu ihrer Blockadepolitik Stellung zu nehmen: „Die CDU befürchtet offensichtlich negative Auswirkungen an den Wahlurnen. Die Grünen als Teil dieser Landesregierung sollten sich ernsthaft fragen, wie lange sie sich noch bewusst entgegen ihres eigenen Parteiprogramms auf Bundesebene verhalten wollen“, so Rudolph.

ES KLEMMT BEI DER ENERGIEWENDE

Im Juli 2021 wandte sich die SPD-Fraktion mit einem 103 Fragen umfassenden Katalog zum Stand der Energiewende in Hessen an die Landesregierung. „Wir wollten genau wissen, wo es in Hessen bei der Energiewende klemmt, um der Landesregierung Vorschläge zur Abhilfe zu machen. Dafür brauchen wir mehr als die bunten Werbebroschüren für die Arbeit des Wirtschaftsministers“, sagte Stephan Grüger, energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, anlässlich der Debatte im Hessischen Landtag. Endlich liege die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage vor und das Thema könne im Plenum diskutiert werden. Grüger stellte fest: „Der Ausbau der

erneuerbaren Energien kommt in Hessen schlechter voran, als in anderen deutschen Bundesländern.“ Die Antworten der Landesregierung seien ernüchternd: „Hessen vergibt viele Chancen – nicht nur in Hinblick auf die Energiesicherheit und die Unabhängigkeit von fossilen und nuklearen Energieimporten, sondern auch in Hinblick auf soziale Aspekte: Bei einem beschleunigten Ausbau könnten mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und die Abhängigkeit von teuren fossilen Energien schneller sinken.“ Grüger kritisierte, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und Grünen bei der Frage nach den Ursachen



der in Hessen besonders langsam vorangehenden Energiewende immer nur mit dem Finger auf andere Akteure zeigten, vornehmlich auf die Bundesregierung. „Eine selbstkritische Betrachtung der eigenen Unzulänglichkeiten wird nicht vorgenommen“, stellte Grüger fest. „Hessen kann mehr. Das Potential bei der Energiewende wird von der Landesregierung nicht genutzt.“

SOLIDARITÄT MIT KITA-BESCHÄFTIGTEN

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



In einer Aktuellen Stunde bekundete die sozial- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Lisa Gnadl, ihre Solidarität mit den streikenden Erzieherinnen und Erziehern: „Wir wollen Ihnen hier im Parlament eine Stimme geben, um auf Ihre Situation aufmerksam zu machen. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten, und damit auch an der Seite der Kinder und Eltern.“ Die Warnstreiks zeigten einmal mehr, wie groß die Not in den hessischen Kitas ist. Überall fehle es an Personal. Der Bedarf an Kita- und Krippenplätzen könne nicht gedeckt und Öffnungszeiten müssten vielerorts eingeschränkt werden. Viel zu lange habe die Landesregierung Studien zum Fachkräftemangel ignoriert, die Arbeitsbedingungen und der Fachkraft-Kind-Schlüssel seien in Hessen deutlich schlechter als in anderen Bundesländern. „Das kann und darf so nicht weitergehen. Kinder brauchen eine gute, verlässliche frühkindliche Förderung und Bildung. Ohne nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, einer Entlastung der Beschäftigten und einer finanziellen Aufwertung wird sich die Situation in den Kitas nicht verbessern“, so

Gnadl. Sie forderte eine Aufstockung der Ausbildungskapazitäten, eine Abschaffung des Schulgelds sowie eine Vergütung der Ausbildung und eine bessere Praxisanleitung. „Mehr Personal kann es nur mit besseren Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und einer deutlichen Tarifsteigerung geben.“

SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE

Die europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Sabine Waschke, hat ein geeintes europäisches und parteiübergreifendes Vorgehen im Angriffskrieg gegen die Ukraine gefordert. „Es war gute Sitte im Hessischen Landtag, in schwierigen Zeiten zusammen zu stehen und gemeinsam zu handeln. Davon hat sich die Landesregierung ganz offensichtlich verabschiedet. Besonders wenn es um die verzweifelten, Schutz suchenden Menschen aus der Ukraine geht, wäre es wichtig gewesen, bei der Erstellung des Aktionsplans auch die Opposition einzubinden und daraus keine Parteiveranstaltung zu machen. Hessen benötigt einen ressortübergreifenden Planungsstab zur Koordinierung der angekündigten Hilfen“, so Waschke.

VERKEHRSWENDE AKTIV ANGEHEN

„Die Regionaltangente West ist ein zentrales Schienen-



infrastrukturvorhaben des Rhein-Main-Gebietes und unser Dank gilt den vielen Beteiligten, die zum Erfolg des Projekts beigetragen haben“, so der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Tobias Eckert. Er forderte die Landesregierung auf, eine eigene Schieneninfrastruktugesellschaft. Einzurichten, mit deren Hilfe der Ausbau von neuen Bahnstrecken, aber auch die Reaktivierung von stillgelegten Trassen forciert werden solle. „Insgesamt würde hier weniger Regierungsjubel und mehr Handeln dem Ausbau guttun. Das Abschieben von Verantwortung auf andere Ebenen funktioniert nicht mehr, wenn wir die Verkehrswende umsetzen wollen.“

SCHULD SIND IMMER NUR DIE ANDEREN

Der verbraucherpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Knut John, warf Staatsministerin Priska Hinz vor, sich bei der Lebensmittelsicherheit konsequent ihrer politischen Verantwortung zu verweigern. „Es ist schon bezeichnend, wie Ministerin Hinz immer wieder Ausreden und Auswege findet, um von eigenen Fehlern abzulenken.“ Im Jahr 2020 habe der Erfüllungsgrad der Sollkontrollen bei den Lebensmittelbetrieben unter 60 Prozent gelegen, die Ministerin aber als Fachaufsicht nicht reagiert. Dies sei skandalös. Die Landesregierung müsse sich stärker an den Kosten für die Kontrollen durch die Landkreise und kreisfreien Städte beteiligen.



GRÜNE STIMMEN GEGEN KLIMASCHUTZ

KLIMASCHUTZGESETZ



Die Landesregierung hat den Gesetzentwurf der SPD für ein Gesetz zum Schutz von Menschen und Natur vor dem Klimawandel in dritter Lesung abgelehnt. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gernot Grumbach, kritisierte: „Wir haben die Anhörung zu unserem ursprünglichen Gesetzentwurf und die dort getätigten Äußerungen der Anzuhörenden ernst genommen und

entsprechend umgesetzt. Mit Hilfe eines Transformationsfonds sollen Maßnahmen zur sozialen und ökologischen Umgestaltung finanziert werden. Zudem ist die Einsetzung eines Klimaschutzbeirates zur Beratung der Landesregierung vorgesehen. Wir wollen auch eine stärkere Unterstützung der Kommunen im

Kampf gegen die Folgen des Klimawandels.“ Seit November 2021 lasse Ministerin Hinz das Land auf ein Klimaschutzgesetz warten. Noch immer habe sie nichts vorgelegt. „Nun machen wir mit unserem Gesetzentwurf konkrete Vorschläge und die regierenden Fraktionen lehnen ab. Es ist dringend an der Zeit Mensch und Natur vor den Folgen des Klimawandels zu schützen“, so Grumbach.

DAS VERSAGEN DER JUSTIZMINISTERIN

Gerald Kummer, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, kritisierte das Managementversagen der Justizministerin Kühne-Hörmann bei dem eJustice-Projekt aufs Schärfste. Innerhalb von drei Legislaturperioden seien die Kosten von geplanten 37 Millionen Euro auf 235 Millionen Euro gestiegen. Die Präsidentin des Amtsgerichts Frankfurt habe nun erklärt, dass die Frist zur Einführung der E-Akte nicht einzuhalten sei. „Durch die fehlerhafte Projektplanung müssen in einem immensen Mehraufwand alle elektronischen Eingänge auf Papier ausgedruckt werden. Das ist Realsatire und verantwortungslos gegenüber den ohnehin überbelasteten Bediensteten.“



GESETZLICHE GRUNDLAGE FÜR WASSERMANAGEMENT

HESSISCHES WASSERGESETZ



Die SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Wassergesetzes eingebracht. Im Zentrum des Gesetzes steht der so genann-

te „wasserwirtschaftliche Fachplan“, der mit Beteiligten und Sachkundigen erarbeitet wurde. In der Debatte dazu sagte der SPD-Abgeordnete Florian Schneider: „Wir haben in den vergangenen Hitzesommern erleben müssen, dass Dörfer im Vogelsberg ihr Trinkwasser aus Tankwagen zapfen mussten und dass im

Hessischen Ried der Grundwasserspiegel gesunken ist. Alle Entscheidungen, die heute in Bezug auf die wertvolle Ressource Wasser ge-

troffen werden, haben langfristige Auswirkungen, die bedacht und abgewogen werden müssen. Mit dem wasserwirtschaftlichen Fachplan existiert ein Instrument für die Gestaltung des künftigen Wassermanagements in Hessen, dem angesichts des steigenden Wasserbedarfs in den boomenden Metropolregionen eine große Bedeutung zukommt. Die rechtlichen Handlungsgrundlagen hierfür müssen in Gesetzesform festgeschrieben werden und nicht nur als Verordnungen und Erlasse gelten. Wassermanagement braucht eine verlässliche Rechtsgrundlage.“

EINE FRAGE DER MENSCHENWÜRDE

Dr. Daniela Sommer, die Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, forderte erneut mehr Wertschätzung und Anerkennung für die Arbeit von Pflegefachkräften. „Die Anerkennung, die wir meinen, erschöpft sich nicht in warmen Worten und gelegentlichem Klatschen vom Balkon, sondern drückt sich in einer besseren Bezahlung, vor allem aber in besseren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten aus“, so Dr. Sommer. „Arbeitsbelastung und Gehalt müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen. Niemand hält den Sozialminister davon ab, die erforderlichen Vorgaben für Personalmindeststandards zu machen – er müsste es



nur wollen.“ Dr. Sommer forderte zudem eine bessere Unterstützung und Begleitung für pflegende Angehörige, da über 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt würden. „Das es an Beratung und an Unterstützung für die Angehörigen fehlt, an Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätzen, die den pflegenden Angehörigen stunden- und tageweise Erleichterung verschaffen – das ist das Ergebnis von jahrzehntelangem Desinteresse wechselnder hessischer Sozialministerinnen und –minister in der Regierungszeit der CDU. Eine gute Pflege – ob stationär oder zu Hause – wahrt die Würde der Menschen, die sich nicht mehr selbst versorgen können“, so Dr. Daniela Sommer.

DIGITALISIERUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Zur Stärkung der Digitalisierung sagte Bijan Kafberger, digitalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Die Digitalministerin beschränkt sich in ihrem Wirken leider auf PR-Maßnahmen und Hochglanzbroschüren. Doch die helfen nicht. Schon gar nicht dem ländlichen Raum, denn dort mangelt es an Glasfaser- und Mobilfunknetzen.“ Seit Bestehen des Digitalministeriums falle Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern zurück. Der aktuellste Breitbandatlas des Bundes zeige Hessen in Sachen Glasfaser auf Platz 13. Der Großstädtebericht des Landesrechnungshofs mache zudem deutlich, dass die Umsetzung des OZGs (Onlinezugangsgesetz) stocke. „Wir sind uns einig, dass die Digitalisierung im ländlichen Raum gestärkt und interkommunale Zusammenarbeit gefördert werden müssen. Aber über den Weg dorthin und die Ziele müssen wir diskutieren. Schwarzgrün ist auf dem falschen Weg.“



„HESSE IST, WER HESSE SEIN WILL.“



Unter dem Titel „Vielfalt und Integration in Hessen“ hat die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag ein Konzept für Anerkennung und Teilhabe von Migrantinnen und

Migranten vorgestellt. Das Programm beschreibt eine moderne Integrationspolitik, die sich klar zu den Werten des Grundgesetzes bekennt und die staatliche Verantwortung für eine erfolgreiche Integration annimmt. Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, und der integrationspolitische Sprecher, Turgut Yüksel, machten deutlich: „Es ist unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein friedliches Miteinander in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität möglich ist.“

Das Integrationspapier kann [hier](#) heruntergeladen werden.

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Cord Wilke,
Martina Häusl-David,
Luisa Neurath,
Christina Schäfer.

BILDER:

Angelika Aschenbach, Stefan Krutsch,
Peter Jülich.